



Antrag

der Fraktion DIE LINKE

Für einen bundeseinheitlichen Basisfallwert und die kostendeckende Refinanzierung der Krankenhäuser (in Schleswig-Holstein)

Der Landtag wolle beschließen:

Die finanziellen Probleme der Krankenhäuser in Schleswig-Holstein lassen sich nicht länger durch Prozessoptimierung oder Personalabbau lösen. Diese Bemühungen sind an ihre Grenzen gestoßen und können die finanzielle Belastung der Krankenhäuser nicht mehr ausgleichen.

Zu recht gestiegene Tariflöhne, explodierende Sachkosten und besonders auch die Eigenanteile bei Bauinvestitionen reißen Riesenlöcher in die Etats der Krankenhäuser und sind nicht ausreichend refinanziert. Während so die Kostenseite wächst, sind die Erlöse gedeckelt oder werden sogar gekürzt. Besonders die Schleswig-Holsteinischen Kliniken leiden unter dieser Entwicklung.

Die Klinikbeschäftigten sind in Deutschland seit Jahren schwierigsten Arbeitsbedingungen ausgesetzt. Seit 1995 wurden bundesweit mehr als 50.000 Stellen in der Pflege abgebaut, während gleichzeitig die Fallzahlen um fast eine Million Patienten gestiegen sind. Stellenabbau, hohe Arbeitsverdichtung, krankmachende Arbeitsbedingungen, sinkendes Berufsimago und fehlende Anerkennung der erbrachten Leistungen bringen die Pflege schon heute in die Gefahr zu kollabieren.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag unterstützt deshalb die von den Klinikbeschäftigten im Lande, ihren Gewerkschaften und Berufsorganisationen erhobene Forderung nach der schnellstmöglichen Einführung eines Bundesbasisfallwertes durch Angleichung der Landesfallwerte auf dem gegenwärtig höchsten Niveau ebenso wie die Forderung nach der unverzüglichen Umsetzung einer Orientierung der Refinanzierung der jährlichen Realkosten der Krankenhäuser an den vom statistischen Bun-

desamt ermittelten durchschnittlichen Werten. Der Landtag unterstützt auch die Forderung nach der Schaffung einer dauerhaften und gesetzlichen Regelung der Personalbemessung in der Pflege.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat geeignete Initiativen zu ergreifen, um die Krankenhausfinanzierung und damit die flächendeckende Krankenhausversorgung der Bevölkerung im Sinne der hier erhobenen Forderungen sicher zu stellen.

Antje Jansen
und Fraktion